

Original => Luftpost



**SPD-Fraktion im Rat der  
Stadt Bergisch Gladbach**

SPD-Fraktion, Konrad-Adenauer-Platz 1, 51465 Bergisch Gladbach

Herrn Bürgermeister  
Klaus Orth  
Rathaus Bergisch Gladbach  
  
51465 Bergisch Gladbach

- Eingegangen -  
26. März 2009

Konrad-Adenauer-Platz 1  
51465 Bergisch Gladbach  
Tel. u. Fax 0202-14 22 20  
spd-fraktion-rl@netcologne.de  
[www.spd-gl.de](http://www.spd-gl.de)

25. März 2009

27. März 2009

**Antrag der SPD-Fraktion für die Ratssitzung am 28. April 2009  
Resolution zur Kommunalwahl**

Sehr geehrter Herr Orth,

wir bitten Sie, den nachstehenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu setzen:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach fordert die Landesregierung Nordrhein-Westfalens auf, die Kommunalwahl nicht wie beschlossen am 30.08.2009 durchzuführen, sondern die Möglichkeit des gemeinsamen Termins von Bundestags- und Kommunalwahl am 27.09.2009 zu nutzen.

Die Landesregierung begründete eine Zusammenlegung der Europa- und Kommunalwahl mit Argumenten wie höherer Wahlbeteiligung, geringerem Organisationsaufwand sowie deutlich geringeren Kosten. Das Landesverfassungsgericht lehnte die Zusammenlegung mit der Europawahl als nicht zulässig ab, da die dadurch entstandene Frist zwischen Wahl und Konstitution der Räte nicht verfassungsgemäß ist. Das Landesverfassungsgericht gibt jedoch auch eindeutig zu erkennen, dass es einer hohen Wahlbeteiligung zur Stärkung der politischen Legitimation Verfassungsrang beimesse, daher sei die Zusammenlegung von Wahlterminen durchaus sinnvoll, sofern es nicht gegen andere Verfassungsprinzipien verstoße.

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach lehnt es ab, für einen zusätzlichen Kommunalwahltermin Kosten in Höhe von 65.000 € zu tragen.

Ein zusätzlicher Wahltermin ist weder verfassungsrechtlich noch organisatorisch und finanziell zu begründen. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach setzt sich deshalb für einen gemeinsamen Wahltermin für Bundestags- und Kommunalwahl ein.

Der Rat bittet den Bürgermeister, sich nachdrücklich für diese Position gegenüber dem Innenminister des Landes NRW einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus W. Waldschmidt

Vorsitzender